



**Dr. Rainer Stinner**

- (A) dung. Wir würdigen diese und nehmen sie als ein Zeichen Serbiens auf dem Weg zu Europa, das wir ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir können aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesem Beispiel erstmals – ich sage bewusst „erstmal“ – Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in außerpolitischen Dingen konstatieren. Eine übereinstimmende gemeinsame Aktion von Außenminister Westerwelle, Herrn Feith und Frau Ashton hat dazu geführt, dass Serbien diesen wichtigen Schritt gegangen ist. Ich möchte dem Außenminister ganz, ganz herzlich für diese Initiative danken.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es gibt eine weitere gute Nachricht aus Serbien, die viele von uns nicht wahrnehmen: Serbien hat eine außerordentlich effiziente Administration und ist besser als viele andere Länder in der Lage, den Beitrittsprozess schnell und effizient abzuwickeln. Das ist nicht überall der Fall. Auch das nehmen wir sehr, sehr gern zur Kenntnis.

Nachdem nun Serbien diesen Schritt gemacht hat, ist es an uns, an den Europäern, auch einen weiteren Schritt zu gehen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Die Anträge der Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen haben denselben Sinn.

- (B) Wir müssen dazu sehr deutlich sagen: Es handelt sich um ein schrittweises Vorgehen. Jetzt geht es um den ersten Schritt, nämlich die Weiterleitung an die Europäische Kommission. Dann kommt der zweite Schritt, nämlich die Beimessung eines Kandidatenstatus für Serbien. Und dann kommt der dritte Schritt, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Die beiden anderen Schritte liegen jetzt noch vor uns, zuerst muss der Europäische Rat den ersten Schritt gehen.

Bei diesem Prozess wird die Europäische Union ganz genau hinschauen. Die Europäische Union und wir alle, meine Damen und Herren, werden genauer hinschauen als bei früheren Beitrittsprozessen. Das mag nicht gerecht sein; aber wir müssen aus den Beitrittsprozessen lernen. Wir möchten unter allen Umständen vermeiden, dass Probleme wie die, die wir mit Zypern, zum Teil mit Rumänien und Bulgarien, aber auch in Bezug auf den Grenzkonflikt zwischen Slowenien und Kroatien hatten, noch einmal auftreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir möchten vermeiden, dass ungelöste Probleme in die EU hineingetragen werden. Deshalb werden wir genauer hinschauen. Jeder in Serbien, Herr Botschafter, muss das verstehen, so schmerzhaft es eventuell auch sein mag.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag bürden wir Serbien keine neuen Bedingungen auf. Die Bedingungen sind klar. Außenminister Westerwelle hat es sehr deutlich gesagt: Die Grenzen des Balkans sind gezogen. Damit ist ein Datum gesetzt, über das wir nicht hinweggehen wollen und können. Wir wollen es auch nicht, wir wollen das als Datum sehen. Serbien ist will-

- kommen, muss aber wissen, dass die Grenzen auf dem Balkan gezogen sind und unverändert bleiben. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben in der dritten Forderung in unserem Antrag deutliche Fortschritte bezüglich der Lösung offener Fragen eingefordert. Das ist durchaus noch milde. Andere fordern in ihren Anträgen, dass alle Probleme gelöst sein müssen. Aber wir wollen ja die Hürden auch nicht zu hoch machen. Wir wollen jedoch deutlich sagen, dass natürlich vor dem übernächsten Schritt, dem Beginn der Beitrittsgespräche, einige Probleme gelöst werden müssen. Das haben wir sehr, sehr deutlich gemacht.

Damit – das betone ich – machen wir Serbien nicht zur Geisel des Kosovos. Wir fordern Fortschritte bei den Bemühungen von Serbien, und wir werden genau betrachten, wie sich Serbien und der Kosovo hier verhalten. Serbien ist nicht die Geisel des Kosovos, sondern Serbien ist für seine eigenen Handlungen und Taten selber verantwortlich, und das werden wir sehr, sehr genau beobachten.

Lassen Sie mich in den verbleibenden Sekunden noch auf die vorliegenden Anträge eingehen. Die Zielrichtung ist völlig eindeutig; wir sind alle einer Meinung. Im Antrag der SPD habe ich einen Satz gefunden, den ich nicht verstehen kann, Herr Gloser. Da schreiben Sie tatsächlich:

Die Verhandlungen über einen Beitritt sind noch in diesem Jahr aufzunehmen.

- Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Die SPD-Fraktion kann doch nicht ernsthaft der Meinung sein – die SPD hat Außenminister Steinmeier gestellt; die SPD-Fraktion betreibt seit Jahren Außenpolitik –, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen dem 9. Oktober und dem 31. Dezember dieses Jahres aufgenommen werden sollten. Herr Gloser, da muss Ihnen irgendwo ein Fehler passiert sein. Ich glaube nicht, dass Sie der Meinung sind, dass das möglich und sinnvoll ist. Wir müssen diesen Antrag also ablehnen. (D)

(Beifall des Abg. Philipp Mißfelder [CDU/CSU])

Frau Beck – ich schätze Sie außerordentlich; wir arbeiten sehr eng zusammen –, im Antrag der Grünen kann man ein häufiges Phänomen entdecken: Ganz egal, was Sie machen, es muss der Name Bosnien-Herzegowina auftauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Joachim Spatz [FDP])

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Stinner, könnten Sie Ihre Sympathieerklärungen für eine einzelne Kollegin – sie finden leider außerhalb Ihrer Redezeit statt – vielleicht einem vertiefenden privaten Gespräch anvertrauen?

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das musste mal gesagt werden!)

(A) **Dr. Rainer Stinner** (FDP):

Ja, das mache ich ausführlich, Herr Präsident.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass wir aus Gründen der Nichtfokussierung auch diesen Antrag ablehnen müssen. Ich fordere Sie auf und wünsche mir, dass Sie dem sehr guten Antrag der Union und der FDP heute zustimmen. Wir sind uns alle einig. Lassen Sie uns das gemeinsam zum Ausdruck bringen. Dann geht vom heutigen Nachmittag eine gute Botschaft aus.

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun hat der Kollege Günter Gloser für die SPD-Fraktion das Wort.

**Günter Gloser** (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Serbiens Wunsch, auf dem Weg zu einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union voranzukommen, hat – dieses Signal der SPD-Fraktion, sehr geehrter Herr Botschafter, können Sie aufnehmen – unsere volle Unterstützung. Die Europäische Union hat auf ihrem Westbalkan-Gipfel in Thessaloniki 2003 allen Staaten des westlichen Balkans eine europäische Perspektive versprochen. Serbien hat seither in der Tat eine bemerkenswerte Entwicklung gezeigt, die unsere Anerkennung verdient.

(B) Die nationalistische Politik Milosevićs und deren Vollstrecker Karadžić und Mladić haben tiefe Spuren in Serbien, aber auch in den Nachbarländern hinterlassen. Unsere Politik muss darauf abzielen, die vorhandenen Wunden zu heilen und alles zu tun, damit sich solche Tragödien nicht wiederholen.

Was aber ist die richtige Politik gegenüber Serbien? Ich will Ihnen dazu zwei Beispiele nennen.

Erstens. Richtige und erfolgreiche Politik der Europäischen Union war es, im Jahre 2008 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen gegen starke Bedenken einiger, wenn auch weniger EU-Mitgliedstaaten zu unterzeichnen; denn damit wurde zwei Wochen vor den serbischen Wahlen ein klares Zeichen für einen europäischen Kurs Serbiens gesetzt. Die Wählerinnen und Wähler in Serbien haben das verstanden und ihrerseits eine proeuropäische Regierung gewählt. Im Dezember 2009 hat die Regierung in Belgrad einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Diese Entwicklung zeigt, dass die Entscheidung von 2008 kein gefährliches Einknicken der Europäischen Union war, sondern das richtige Zeichen zur richtigen Zeit. Das ist auch ein Beleg dafür, dass die Europäische Union als Ganzes handlungsfähig sein kann, wenn es darauf ankommt.

Zweitens. Der Internationale Gerichtshof hat in einem Gutachten festgestellt, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen internationales Recht verstößt. Serbien wollte daraufhin zunächst im Rahmen der Vereinten Nationen Neuverhandlungen über den Status des Kosovo fordern. Die Europäische Union hat aber er-

reicht, dass Serbien gemeinsam mit den 27 EU-Mitgliedern eine konstruktive Resolution einbrachte und – das ist wichtig – einen Dialog mit dem Kosovo zusagte. Es ist gut, dass Deutschland in diesen Verhandlungen eine positive Rolle gespielt und zum europäischen Erfolg wesentlich beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

– Es ist immer schön, wenn Sie die Zwischentöne wahrnehmen.

Die beiden genannten Beispiele belegen, dass Europa gegenüber Serbien eine klare, einheitliche, aber auch unmissverständliche Politik verfolgen muss und dann auch mit einer rationalen und konstruktiven Politik Serbiens rechnen kann. Aber ich will hier auch ansprechen: Es gibt Defizite in der Entwicklung Serbiens, die sich negativ auf die weitere Annäherung an die Europäische Union auswirken können.

Erstens nenne ich in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer vollständigen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Die serbische Regierung muss noch überzeugender nachweisen, dass sie tatsächlich alles tut, um Mladic zu finden und an den Strafgerichtshof auszuliefern.

Zweitens. Das derzeitige Maß an Korruption in Serbien ist nicht europafähig. Die negativen Erfahrungen in anderen Ländern, leider auch innerhalb der Europäischen Union, zeigen deutlich, dass hier nur eine Nulltoleranzpolitik gelten kann. Korruption schadet der Wirtschaft; sie trifft aber auch die Schwächsten in der Gesellschaft und ist für einen demokratischen Rechtsstaat einfach nicht akzeptabel.

Deshalb können wir auch nicht wegsehen, wenn ausländische Investoren sich, wie jüngst die Verlagsgruppe der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, nach erheblichen Investitionen mit Hinweis auf Korruption wieder aus Serbien zurückziehen. Ich kann und will diesen Einzelfall hier nicht weiter bewerten. Aber die serbische Regierung muss wissen, dass solche Fälle gerade in einem EU-Kandidatenland besonders genau verfolgt werden. Serbien muss für Investitionssicherheit und für Fairness auf seinem Markt sorgen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, sprechen wir noch einmal deutlich von den Interessen der Europäischen Union und Deutschlands in diesem Fall. Unser erstes Interesse ist Frieden und Sicherheit in unserer Nachbarschaft. Weil die Länder des westlichen Balkans inzwischen eine Enklave mitten in der Europäischen Union bilden und weil dort noch vor kurzem blutige Kriege stattfanden, gilt das für Serbien und seine Nachbarn in ganz besonderem Maße.

Wenn es um die Nachbarschaft von Serbien und Kosovo geht, sollte der Vorschlag des ehemaligen Botschafters Ischinger aufgegriffen werden. Ischinger erinnerte an den Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten von 1972. Dieser hatte seinerzeit mitten im Kalten Krieg eine pragmatische und wirksame

**Günter Gloser**

- (A) Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR möglich gemacht. Das sollte in naher Zukunft in ähnlicher Weise auch für Serbien und Kosovo möglich sein.

Wir haben ein großes Interesse an einer positiven wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Entwicklung in Serbien und der Region. Dort liegt nicht nur ein bedeutendes Potenzial für die deutsche und die europäische Wirtschaft. Besonders für das soziale Gefüge Europas ist es von entscheidender Bedeutung, dass das eklatante Wohlstandsgefälle in Europa durch nachholende Entwicklung gerade in Südosteuropa gemildert wird.

Welche weiteren Mittel stehen uns zur Verfügung, um positiv auf diese Entwicklung einzuwirken? Neben der Diplomatie und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist es vor allem die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften, die wir aktiv fördern müssen. Leider sollen an mancher Stelle im Auswärtigen Amt Bereiche, die mit Krisenprävention, kulturellem Austausch und Förderung von zivilgesellschaftlichen Kontakten zu tun haben, eher reduziert als konzeptionell ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Jugendaustausch, mehr Studienstipendien und mehr Deutschunterricht in den zukünftigen EU-Mitgliedstaaten. Wir brauchen auch mehr Kulturprojekte, die dem Austausch zwischen Deutschland und Südosteuropa Tiefe und den Beziehungen Belastbarkeit verleihen. Das wäre eine Aufgabe für das Auswärtige Amt: die Entwicklung eines Konzeptes für einen neuen Stabilitätspakt der Zivilgesellschaften in Südosteuropa.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Viele Vereine, Stiftungen, aber auch private Initiativen sind auf diesem Feld schon tätig. Unterstützen wir sie, ermutigen wir sie und binden wir sie ein in eine Strategie für den gemeinsamen europäischen Weg Serbiens und der südosteuropäischen Staaten!

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch ein Zitat aus dem neuen Buch des britischen Historikers Timothy Garton Ash. Ursprünglich stammen diese Sätze aus der Schlussbetrachtung zu einem Aufsatz, den er im Jahr 2000 geschrieben hat; jetzt hat er sie in einer Nachbemerkung zu dem Buch aktualisiert. Ash sagt – ich zitiere; damit kein Missverständnis entsteht –:

Ich stimme denen zu, die sagen, wir in Europa sollten uns das strategische Ziel setzen, alle Staaten des westlichen Balkans einschließlich Serbiens und Montenegros bis zum 28. Juni 2014 zu Mitgliedern der Europäischen Union zu machen, dem hundertsten Jahrestag der Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands in Sarajevo, die das Fass zum Überlaufen brachte und den Ersten Weltkrieg auslöste. Es wird sich zeigen, ob das heutige Europa zu einer solchen historischen Vorstellungskraft und strategischen Risikobereitschaft fähig ist.

Dieses strategische Ziel – wenn auch vielleicht nicht mit dem im Zitat genannten Datum – hat sich die Europäische Union und haben sich viele Völker auf dem westlichen Balkan zu eigen gemacht. Wir sollten dieses strategische Ziel unterstützen, auch wenn das Zieldatum

heute sicherlich noch nicht konkret genannt werden kann. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Roderich Kiesewetter ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Bundestag hat schon eine beeindruckende Gabe, wesentliche historische Ereignisse mit aktuellen Debatten zu verknüpfen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Donnerwetter!)

Am 8. Oktober 1912 – Herr Sarrazin, Sie als angehender Historiker werden das wissen –

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

hat das Osmanische Reich eine Kriegserklärung von Montenegro erhalten. Der erste Balkankrieg brach aus. Am 8. Oktober 1991 hat das kroatische Parlament seine Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt. Heute, 19 Jahre später, debattieren wir über die Weiterleitung des Beitrittsantrags Serbiens. (D)

Wir als Regierungsfraktion sprechen uns eindeutig für die EU-Perspektive des westlichen Balkans aus.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran arbeiten wir. Das ist ganz entscheidend für eine friedliche Zukunft.

Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Mut bei der Erweiterung bewiesen. Jetzt ist eine gewisse Müdigkeit eingetreten. Der Mut wurde sicherlich auch in Teilen enttäuscht, weil 2007 zwei Staaten die Beitrittskriterien nicht eingehalten haben; wir waren nicht kritisch genug.

Jetzt steht an, dass wir den Prozess der Aufnahme Serbiens in die Europäische Union aufmerksam und kritisch begleiten. Es geht noch nicht um die Aufnahme, sondern es geht darum, dass die Europäische Kommission darüber berät und den Ratschlag abgibt. In den knappen und wohlformulierten Punkten unseres Antrags, der sich weitestgehend mit den Anträgen der anderen Fraktionen deckt, machen wir deutlich: Vor einem Beitritt, auch schon vor dem Avis, müssen bestimmte Dinge geklärt werden.

Wir als Europäer brauchen eine ganz klare Sicht auch nach außen. Wir haben uns jetzt lange mit der Wirtschaftskrise und mit unserer Binnenkonstitution beschäftigt. Wir sprechen heute nicht ohne Grund über die Aufnahme Serbiens. Das ist ein Recht, das uns mit dem

**Roderich Kiesewetter**

- (A) Lissabon-Vertrag eingeräumt worden ist. Da können wir als Parlament etwas bewegen. Auch das ist ein Fortschritt in der parlamentarischen Demokratie, den wir begrüßen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt Fortschritte. Serbien hat in beeindruckender Weise deutlich gemacht, dass es bereit ist, mit dem Kosovo über den Bereich nördlich des Ibar zu sprechen.

Ich will ein paar weitere Meilensteine nennen. Warum sollte Serbien in die Europäische Union? Es ist klar: Es hat europäische Wurzeln. Es gehört zu Europa. Es sind auch nicht nur die wirtschaftliche Kraft und die Verwaltungseffizienz, die mitgebracht werden – das wurde schon angesprochen –; ein demokratisch verfasstes Serbien wird eine Bereicherung für Europa sein und wird im Hinblick auf das, was es historisch verursacht hat, ausgleichend wirken.

Im Dezember 2009 wurde die Bahnlinie von Belgrad nach Mostar eröffnet; Kooperation von Serbien. Im März hat das Parlament von Serbien die Schuld beim Massaker von Srebrenica anerkannt. Am 11. Juli nahm Tadic an dem Gedenken in Srebrenica teil, was eine sehr große Geste war. Am 9. September wurde glasklar, dass Serbien mit den Staaten der Europäischen Union die Anerkennung des Kosovos, zumindest des Gutachtens, teilt. Das sind entscheidende Fortschritte, die wir fördern sollten, indem wir sagen: Über den Antrag muss in positiver Weise entschieden werden. – Wenn uns das gelingt, ist das auch ein Zeichen unseres Parlaments.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich sind Hinderungsgründe vorhanden. Es gibt Stolpersteine. Aber wir sind auch dazu da, Serbien zu helfen und zu begleiten. Die Stolpersteine liegen in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, in der Verwaltungsreform, sicherlich auch im Selbstverständnis des Parlaments Serbiens; in Klammern: Rücktrittserklärungen. Da gibt es noch viel zu tun. Wir müssen unsererseits aber auch darauf achten, dass die Mittel, die die EU für die Aufnahme bereitstellt, besser abfließen. Es gibt zurzeit ein Aufnahmeproblem. Dem könnten wir mit Twinning-Projekten sicherlich begegnen.

Die Reise unseres Außenministers war Balsam und ein Heilmittel für die Perzeption im Balkan. Unsere deutsche Außenpolitik hat wieder aktiv Bewegung in die Balkanpolitik gebracht. Dafür müssen wir dem Außenminister dankbar sein. Ich habe bei meinen Besuchen im Frühjahr und in der letzten Woche in Albanien erlebt, welche Auswirkungen dieser Besuch gehabt hat.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Visaerleichterungen

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

für Bosnien und Albanien noch in diesem Jahr in Kraft treten. Die Bedingungen sind eingehalten. Damit schaffen wir eine Perspektive für die Region und auch Anreize.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Der entscheidende Punkt ist, dass wir auch Anreize schaffen, die das begleiten.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbst wenn Frankreich unverantwortlicherweise mauert!)

Deutschland ist ein souveräner Staat und verfolgt eine interessengeleitete wertorientierte Außenpolitik. Ich glaube, dass wir hier Lösungen aufzeigen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einen Punkt ansprechen. Wenn wir gemeinsam im Parlament für die Weiterleitung dieses Beitrittsantrags stimmen, ist damit noch lange nicht gesagt, dass Serbien bald Mitglied der Europäischen Union wird. Wir brauchen eine Gesamtperspektive. Diese muss aus einem Geben und Nehmen bestehen. Das bedeutet, mit kritischem Blick Serbiens Verhältnis zum Kosovo zu verfolgen. Das bedeutet aber auch, Segregations- oder gar Separationsbemühungen der Republika Srpska zu bekämpfen. Das bedeutet auch Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof. Natürlich hat Serbien bereits 42 der 44 angeklagten Kriegsverbrecher ausgeliefert, aber bezüglich der kritischen Fälle Mladić und Hadzić bestehen noch Schwierigkeiten. Wir wissen nicht, wie das Schicksal dieser beiden Herren ist, aber wir wissen, dass sie das Schicksal von Millionen beeinflusst haben. Deshalb wollen wir hier Klarheit. Darauf haben wir auch einen Anspruch. Das wird der Schlüssel für den Beitritt sein.

(D)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Serbien ist auf dem halben Weg zwischen Vergangenheit und Zukunft. Mit der Annahme des vorliegenden Antrags haben wir als Parlament es in der Hand, den weiteren Prozess aufmerksam und kritisch zu begleiten, mit Sticks and Carrots bzw. Zuckerbrot und Peitsche. Aber auch Serbien selbst hat es in der Hand. Ich glaube, wir haben deutlich gemacht, in welche Richtung der Weg gehen muss.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun der Kollege Thomas Nord für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Thomas Nord (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Botschafter! Ich teile – das wird vielleicht den einen oder anderen überraschen – vieles von dem, was Herr Kiesewetter hier über die historische Situation gesagt hat.

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Das kann man ja nicht mehr umdeuten! Das ist halt so!)

**Thomas Nord**

- (A) – Gerade in Geschichtsfragen kann man, wie Sie wissen, sehr unterschiedlicher Meinung sein. In dieser sind wir offensichtlich gemeinsam einer Meinung.

(Beifall des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Einleitung von Beitrittsverhandlungen zwischen Serbien und der EU bietet auch aus unserer Sicht eine historische Chance, einen sehr alten Konflikt, der viel Leid verursacht hat, dauerhaft zu beenden. Daher ist die Linke für die Weiterleitung des Beitrittsantrags Serbiens an die Europäische Kommission. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dafür im Rat und bei den übrigen Mitgliedsländern einsetzt.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie die SPD wollen wir, dass bei den Beitrittsverhandlungen mit Serbien ausschließlich die Kopenhagener Kriterien gelten und keine weiteren Bedingungen gestellt werden. Die Anträge der Koalitionsfraktionen und der Grünen aber lassen erkennen, dass dies für Serbien nicht so gelten soll. Auch der Antrag der SPD bleibt hier leider unklar.

Es entspricht nicht unserer Auffassung, dass die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Serbien mit der Anerkennung des Kosovos als unabhängiger Staat verknüpft werden darf. Wir halten trotz des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos für nicht mit dem Völkerrecht vereinbar,

(B)

(Zuruf der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil sie letztlich dazu beiträgt, einseitige Grenzveränderungen zu legitimieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem zentralen Satz des Gutachtens, das Völkerrecht enthalte kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen und das Kosovo habe deshalb nicht gegen allgemeines internationales Recht verstoßen, wurde aus unserer Sicht die Büchse der Pandora geöffnet. Wer solche Aussagen begrüßt, darf sich über die Sprüche von Milorad Dodik und anderen Nationalisten nicht wundern. Der Außenminister wird noch oft und nicht nur auf dem Balkan erklären müssen, warum für diese nicht gilt, was für den Kosovo rechtens sein soll.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil es einen Völkermord gab! – Gegenruf von der LINKEN: Was gab es denn in der Türkei?)

Wir unterstützen die Forderung – das schließt gut an –, dass Serbien uneingeschränkt mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten soll. Gleichwohl lehnen wir die Verknüpfung dieser Forderung mit der Entscheidung über die Weiterleitung des Beitrittsantrags ab.

Die jetzige serbische Regierung unternimmt große Anstrengungen für eine Annäherung an die Europäische

Union, darunter solche, die wir scharf kritisieren wie die Umsetzung der Bedingungen des IWF bei der Bewältigung der Krise. Damit dürfte die Bundesregierung aber eher weniger Probleme haben. (C)

Für uns gibt es aber auch positive Belege – dies wurde beispielsweise schon von Herrn Kiesewetter gesagt –, zum Beispiel den Beschluss des serbischen Parlaments zum Massaker in Srebrenica oder die aktiven Bemühungen, gemeinsam mit Kroatien Kriegsfolgen zu überwinden. Es müsste im Interesse der Bundesregierung sein, der serbischen Seite die Durchsetzung dieser politischen Linie zu erleichtern.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Verknüpfung der Beitrittsverhandlungen an die Forderung nach Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo durch Serbien wird aber das Gegenteil erreicht. Die Bundesregierung steht mit dieser Politik in einer traurigen Kontinuität. Warren Christopher sagte mit Blick auf die Anerkennung von Slowenien und Kroatien 1991:

Beim gesamten Anerkennungsprozess ... wurden schwere Fehler gemacht ... die Deutschen tragen eine besondere Verantwortung.

Diesen Fehlern folgten Bürgerkriege und der völkerrechtswidrige Krieg gegen Rest-Jugoslawien durch die NATO, den unsere Partei abgelehnt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die entstandenen politischen Verhältnisse zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina sind nach wie vor instabil. Die jetzigen Wahlen haben nichts daran geändert. Die OSZE spricht nach 15 Jahren militärischer und ziviler Präsenz in Bosnien-Herzegowina von einer Stabilisierung des Wahlprozesses. Das ist nach 15 Jahren wirklich ein bemerkenswerter Fortschritt. Richtig wäre, die Kräfte zu stärken, die für Aussöhnung und Neuanfang sowie eine proeuropäische Politik stehen. (D)

Der Deutsche Bundestag sollte deutlich machen – dies tut er heute hier –, dass Serbien heute nicht mehr das Serbien von Slobodan Milošević ist. Es setzt sich für friedliche Konfliktlösungen ein und sucht den Dialog und die Verständigung. Diese Regierung braucht Unterstützung in ihrer Außenpolitik, keine Ansagen oder Diktate.

Soll der Beitrittsprozess Erfolg haben, muss er von inneren Überzeugungen und der Bereitschaft, tradierte Sichtweisen und Emotionen zu überwinden, geleitet sein.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das ist ein sehr guter Schluss.

**Thomas Nord (DIE LINKE):**

Mir scheint, die serbische Regierung hat das schon begriffen. Hier bin ich mir nicht immer ganz sicher.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun hat die Kollegin Beck für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Marieluise Beck** (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir Grüne begrüßen, dass Serbien die Tür in die Europäische Union noch ein Stückchen weiter aufgemacht worden ist. Wir erkennen die Schritte Serbiens an: die Srebrenica-Resolution im serbischen Parlament, die wirklich mit einem Risiko behaftet war, den Besuch von Präsident Tadic in Srebrenica in diesem Sommer – auch ich bin dort gewesen – und das Einlenken bei der UN-Resolution zum Kosovo. Zu diesem Erfolg hat der deutsche Außenminister beigetragen. Ich hoffe, dass er dranbleiben wird; denn es ist vollkommen klar, dass die Steine nur zu einem kleinen Teil aus dem Weg geräumt worden sind. Es werden noch viele Steine auftauchen. Insofern sollte sich das Außenministerium eher auf eine Art Pendeldiplomatie einstellen statt auf einen einmaligen Besuch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Differenz, die wir haben, ist, dass es in der Außenpolitik eine Unsitte gibt, nämlich unangenehme Wahrheiten unter den Teppich zu kehren, wenn politische Entscheidungen getroffen worden sind. Noch einmal: Wir halten es politisch für richtig, Serbien die Tür in die Europäische Union zu öffnen. Aber wir sollten nicht darüber hinweggehen, dass sich Serge Brammertz inzwischen wieder deutlich kritischer über eine weniger gute Zusammenarbeit mit der serbischen Regierung äußert, um die beiden letzten großen Kriegsverbrecher, nämlich Mladić und Hadzić, zu fassen. Man muss sagen, dass ein Staat, der in die Europäische Union will, doch nicht über Jahre hinweg behaupten kann – Serbien hat 7,5 Millionen Einwohner! –, dass er nicht in der Lage ist, diese beiden Kriegsverbrecher zu finden. Das stellt die Reife des Justizwesens und der Polizei dieses Landes infrage.

Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass der serbische Arbeitsminister Rasim Ljajić vom Vorsitz des Nationalkomitees für Zusammenarbeit mit Den Haag zurückgetreten ist, weil er selbst nicht mehr von der Ernsthaftigkeit des Bemühens der serbischen Regierung überzeugt war, die Kriegsverbrecher Mladić und Hadzić zu finden.

All das sollten wir durchaus ansprechen, auch wenn wir die Tür aufmachen wollen. Das schadet gar nicht. Wie gesagt: Es ist nicht besonders hilfreich, das unter den Teppich zu kehren.

Jetzt zum Kosovo. Man kann sich nicht darauf ausruhen, dass die Regierung in Belgrad Minister Westerwelle zugesagt hat: „Wir arbeiten an einer Lösung des Problems mit.“ Am 3. Oktober, also kurze Zeit nach dem Besuch von Westerwelle, ist der serbische Patriarch Irinej als Erzbischof von Pec eingeführt worden. Die gesamte serbische Regierung war bei diesem Festakt anwesend. Was hat sie dort formuliert? Sie hat dort ihre For-

derungen für die Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo formuliert. Dort wurde nicht nur die Abtretung des Gebiets von Nord-Mitrovica gefordert; wir kennen diese Forderung, sie überrascht uns nicht. Dort wurde auch die Abtretung des Gebiets der Stadt Pec gefordert. Pec ist mit etwa 170 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Kosovo. Sie müssen auch solche Tatsachen zur Kenntnis nehmen, um ein realistisches Bild davon zu bekommen, was wir auf den nächsten Etappen von Serbien zu erwarten haben. Der Weg wird noch sehr lang sein.

Ganz kurz ein Wort zu den Einlassungen des verehrten Kollegen Stinner zu Bosnien. Ja, ich erwähne Bosnien, weil wir den Blick auf die gesamte Region des Westbalkans richten müssen. Noch einmal: Bei Serbien tendieren wir dazu, die Türen aufzumachen und Konditionen, die einmal aufgestellt worden waren, beiseitezuschieben, weil wir Serbien auf dem Weg in die EU unterstützen wollen. Bei Bosnien gibt es diese Sichtweise nicht, obwohl wir die Verantwortung für die Misere tragen, in der dieses Land aufgrund des Entitätenvotums steckt, das dem serbischen Präsidenten Dodik die Möglichkeit gibt, Bosnien in unverantwortlicher Weise zu blockieren. Das müssen wir, wenn wir noch einen Funken historisches Gedächtnis haben, bei unserer Politik berücksichtigen. Deswegen erwähne ich hier Bosnien immer wieder.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin.

**Marieluise Beck** (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ein Satz noch. – Wenn jetzt Frankreich aus innenpolitischen Gründen die Visumliberalisierungen für Bosnien und Albanien blockiert, obwohl die EU-Kommission festgestellt hat, dass alle Forderungen erfüllt worden sind, ist das ein politischer Skandal, gegen den sich Deutschland mit aller Deutlichkeit wenden muss.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Florian Hahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Florian Hahn** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Serbien ist ein fester Bestandteil der europäischen Kultur- und Staatengemeinschaft. Die Entwicklungen in Serbien haben dadurch nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Länder in Südosteuropa, sondern auch direkte Rückwirkungen auf die Länder der Europäischen Union, damit auch auf Deutschland. Daher ist es richtig und wichtig, dass sich Deutschland intensiv um seine Beziehungen zu Serbien kümmert.

Es ist gleichermaßen bedeutsam, dass Deutschland seinen Einfluss nutzt, um vielfache positive Entwicklun-

**Florian Hahn**

- (A) gen in Serbien politisch wie wirtschaftlich zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für den Freistaat Bayern, der aufgrund seiner geografischen Lage und seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts ein besonderes Interesse an den Entwicklungen in Südosteuropa, insbesondere in Serbien, hat. So wurde anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Ständigen Kommission Bayern-Serbien erst am vergangenen Montag zwischen dem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und dem serbischen Präsidenten Boris Tadic eine noch intensivere Zusammenarbeit vereinbart.

Mit unserer Aufforderung an die Bundesregierung, in der nächsten Sitzung des Rates für eine Weiterleitung des Beitrittsgesuchs Serbiens an die Europäische Kommission zu stimmen, bleiben wir unseren Aussagen von Thessaloniki treu, dass grundsätzlich jedes Land der Region des westlichen Balkans die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union hat.

- (B) Kroatien hat die Chance ergriffen und sich dem NATO- und dem EU-Beitrittsprozess unterzogen, im Hinblick auf die NATO bereits erfolgreich. Ich sage deshalb „unterzogen“, weil wir aus den Erweiterungserfahrungen, insbesondere aus den Fällen Rumänien und Bulgarien, gelernt haben. Wir haben den Erweiterungsprozess durch die Einführung von Benchmarks anspruchsvoller gestaltet – manche sagen auch: verschärft –, weil wir uns eben nicht mehr nur mit Erfolgen auf dem Papier bzw. mündlichen Zusagen zufriedengeben wollten, sondern nur mit konkret verwirklichten, nachprüfbar Fortschritten. Unsere klare Aussage in diesem Zusammenhang war und ist: Die Beitrittskriterien müssen unsererseits klar definiert und von Beitrittsländern strikt erfüllt werden. Es gibt keine politischen Rabatte, aber auch keine politisch motivierten Sanktionen. So begrüße ich ausdrücklich die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 10. September dieses Jahres, in der zu einem Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo aufgerufen wird.

Die von Serbien selbst eingebrachte Resolution befürwortet Verhandlungen – nicht über den staatsrechtlichen Status des Kosovo, der für Deutschland und für die allermeisten Staaten inzwischen feststeht – über praktische Fragen des Zusammenlebens. Wir alle können nachvollziehen, dass diese Resolution in Serbien selbst auch auf Widerspruch stößt. Hier gilt es, Überzeugungsarbeit zu leisten. Hier gilt es, den Menschen in Serbien deutlich zu machen, dass nur ein friedliches Miteinander das Land als einen gleichberechtigten Partner in Europa sichtbar und verankert sein lässt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Resolution ist ein klares Signal, dass Serbien auf Kooperation setzt und auf dem Weg in die Integration in die EU ist. Ich möchte Minister Guido Westerwelle ausdrücklich danken. Seine Gespräche haben Serbien von den Vorteilen eines proeuropäischen Kurses überzeugen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (C) Die gezeigte Bewegung der serbischen Regierung in der für sie extrem heiklen Kosovo-Frage sollte honoriert werden.

Mit unserer Weiterleitungsempfehlung rückt Serbien dem Beitritt ein Stück näher. Daher meine ich, dass wir ehrlicherweise eine weitere, in der Debatte schon genannte, sehr wichtige politische Frage jetzt und immer wieder anschnitten sollten, nämlich die der uneingeschränkten Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Ich habe mich am Anfang zu Kroatien geäußert, weil wir im Hinterkopf behalten sollten, dass wir bzw. die EU im Falle Kroatiens die Frage der Auslieferung von Angeklagten an den Internationalen Strafgerichtshof zu einem bestimmten Zeitpunkt des Beitrittsprozesses zur Nagelprobe gemacht haben. Wir müssen uns bewusst sein, dass in dem teilweise politisch noch vergifteten Klima in der Region genau beobachtet wird, ob wir gleiche Maßstäbe an die Länder anlegen. Deshalb halte ich es für richtig und wichtig, auch Serbien unsere Prioritäten von Anfang an klar anzusagen. Die uneingeschränkte Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof mit dem Ziel der Auslieferung der wegen Kriegsverbrechen angeklagten Personen Mladic und Hadzic gehört für uns zu diesen Prioritäten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (D) In diesem Sinne bitte ich Sie um die Zustimmung und wünsche dem serbischen Volk auf seinem Weg in die europäische Staatengemeinschaft Glück und Gottes Segen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/3190 mit dem Titel „Beitrittsantrag der Republik Serbien zur Prüfung an Europäische Kommission weiterleiten“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Mehrheit der Koalition angenommen.

Zusatzpunkt 9. Hier geht es um die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/3175 mit dem Titel „Glaubhafte Unterstützung für Serbiens Beitrittsantrag zur Europäischen Union“. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Zusatzpunkt 10. Hier geht es um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/3204 mit dem Titel „Serbiens Beitrittsantrag an die Europäische Kommission weiterleiten – Gesamte Region im Blick behalten“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.



Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 32 a und 32 b sowie den Zusatzpunkt 11 auf:

32 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Katja Keul, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**10 Jahre UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden, Sicherheit – Nationaler Aktionsplan für eine gezielte Umsetzung**

– Drucksache 17/2484 –

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

b) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

**10 Jahre UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“**

– Drucksache 17/3176 –

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

(B) ZP 11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Cornelia Möhring, Jan van Aken, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Verpflichtung zur UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ einhalten – Auf Gewalt in internationalen Konflikten verzichten**

– Drucksache 17/3205 –

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst die Kollegin Kerstin Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Kerstin Müller** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende Juli wurden in der kongolesischen Provinz Nord-Kivu innerhalb von vier Tagen 242 Frauen und Kinder von FDLR und Mai-Mai-Milizen vergewaltigt. Im Laufe des August kam es sogar zu weiteren 260 Vergewaltigungen. Dennoch schritten die UNO-Blauhelmsoldaten,

die sich in der Nähe aufhielten, nicht ein – mal wieder nicht. (C)

Margot Wallström, die UNO-Sonderbeauftragte zum Thema „Sexuelle Gewalt in Konflikten“ – dieses Amt gibt es inzwischen immerhin –, erklärte zwar, dass die UN die kollektive Verantwortung dafür hätten, dass die Massenvergewaltigungen nicht rechtzeitig gestoppt wurden, und die UNO hat dieses Mal Versäumnisse ihrer Soldaten eingeräumt; dennoch zeigt dieses Beispiel, dass auf internationaler Ebene immer noch viel zu wenig passiert, obwohl es die UN-Resolution 1325 gibt und die Folgeresolution, die Resolution 1820, klipp und klar zum Schutz der Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt auffordert. Es gibt keinen Aufschrei der internationalen Gemeinschaft oder der Öffentlichkeit. Wenn wir so etwas lesen, steht das in der Regel auf Seite drei oder vier. Ich meine, wir dürfen nicht länger wegschauen, wenn solche schrecklichen Verbrechen passieren. Dieser Zustand der Straflosigkeit im Kongo, in Darfur und anderswo ist unerträglich und muss beendet werden. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um ihn zu beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir müssen dafür sorgen, dass die Verantwortlichen, zum Beispiel im Fall Kongo, von der kongolesischen oder der internationalen Justiz zur Rechenschaft gezogen werden. Genau das will man mit der Resolution 1325 erreichen. Deshalb ist es so entscheidend, dass diese Resolution und die Folgeresolutionen endlich zentraler Bestandteil der internationalen Politik werden. Davon kann auch zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung leider keine Rede sein. (D)

Sicherlich, es hat einige Verbesserungen gegeben. Auf internationaler Ebene hat die Geschlechterperspektive in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Beispiele dafür sind die Einsetzung der UN-Sonderbeauftragten – das erwähnte ich eben – und die Einrichtung von UNWomen, die neue Einheit für Geschlechtergerechtigkeit. Auch in der Europäischen Union hat es Weichenstellungen für eine stärker geschlechtersensible Friedens- und Sicherheitspolitik gegeben.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir mit der Umsetzung der Resolution 1325 auf globaler und nationaler Ebene noch ganz am Anfang stehen. Noch einmal: Solche UN-Resolutionen leben davon, dass wir, die einzelnen Mitgliedstaaten, sie umsetzen. Dafür tragen wir die Verantwortung. Wir müssen diese Resolutionen mit Leben füllen und dafür sorgen, dass sie nicht beschriebenes Papier bleiben.

Diese Resolution ist aus meiner Sicht ein Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik; denn zum ersten Mal in der Geschichte der UNO gibt es eine völkerrechtlich verbindliche Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen. Kofi Annan hat die Mitgliedstaaten bereits 2005 aufgefordert, nationale Aktionspläne zu ihrer Umsetzung vorzulegen. Schweden ist 2006 vorangeschritten. Sogar afrikanische Länder wie Liberia und die Elfenbeinküste

**Kerstin Müller (Köln)**

- (A) haben eigene nationale Aktionspläne. Insgesamt gilt das aber nur für 19 Staaten. Das ist eine blamable Zahl, wenn man bedenkt, dass die UNO 192 Mitgliedstaaten hat.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass auch die Bundesregierung bisher keinen nationalen Aktionsplan vorgelegt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Sie alle wissen, dass ich schon seit einigen Jahren dafür streite, dass wir einen solchen nationalen Aktionsplan bekommen. Ich glaube, dass nicht nur die skandinavischen Länder, sondern dass auch Länder wie Deutschland in einer solchen Frage vorangehen müssen. Die Bundeskanzlerin streitet für einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat, und auf jeder internationalen Veranstaltung wird die Fahne des Multilateralismus hochgehalten. Daher kann es nicht sein, dass wir uns bei so einer zentralen Resolution immer noch weigern, einen nationalen Aktionsplan vorzulegen.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin.

**Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir brauchen einen solchen nationalen Aktionsplan, damit diese Resolution mit Leben gefüllt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Noch ein letzter Satz. Ein solcher nationaler Aktionsplan bedeutet auch nicht mehr Bürokratie. Wir brauchen messbar formulierte Ziele, Fortschrittsberichte, Zeitvorgaben. Die UNO und die EU haben diesbezüglich Indikatoren beschlossen. Ich freue mich, dass die SPD inzwischen für einen nationalen Aktionsplan ist. Ich würde mir sehr wünschen – die Resolution wird jetzt zehn Jahre alt; es wird viele Veranstaltungen dazu geben –, dass auch die Koalitionsfraktionen sich dazu durchringen und wir in Deutschland einen nationalen Aktionsplan bekommen und so unseren Teil dazu beitragen, diese Resolution mit Leben zu füllen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Mißfelder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Philipp Mißfelder (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Müller hat zu Recht auf die grundsätzliche Bedeutung der UNO-Resolution hingewiesen. Auch wir unterstützen sie sehr deutlich. Auch wir meinen, dass sie in der täglichen Außenpolitik mit Leben gefüllt werden muss. Ich glaube, dass wir Parlamentarier bei unseren Gesprächen hier in Deutschland, wenn aus-

ländische Gäste zu uns kommen, aber auch im Ausland darauf achten müssen, dass eine zentrale Forderung unserer wertegebundenen deutschen Außenpolitik die Verwirklichung der Frauenrechte sein muss; dafür müssen wir eintreten.

Sie haben die Krisenregionen, um die es geht, angesprochen. Ich glaube, dass gerade in den vergangenen Tagen deutlich geworden ist, wie dringend diese Frage ist. Ich erinnere an die Berichterstattung der *International Herald Tribune* von vor ein paar Tagen über Massengewaltungen in Dörfern im Ost-Kongo, wo auch vor einer 80-jährigen Frau, Anna Mburano, nicht haltgemacht worden ist; sie ist nicht verschont worden. Dabei handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Dies ist einer der spektakulären Fälle, die die internationale Presse schlaglichtartig immer mal wieder beschäftigen, aber nicht dazu führen, dass es eine kontinuierliche Berichterstattung, gar ein kontinuierliches Interesse gibt.

Vor diesem Hintergrund ist die Resolution wichtig. Es ist auch wichtig, dass wir gerade dort, wo es darauf ankommt, für dieses wichtige Thema, für die Verwirklichung der Rechte der Frauen, einstehen. Mein Kollege Hartwig Fischer, der, ich glaube, insgesamt neunmal im Kongo war, ist einer der Garanten dafür, dass die Union dies auch in Afrika tut und nicht unter den Tisch fallen lässt. Lieber Hartwig Fischer, herzlichen Dank für das große Engagement und deine Arbeit im Kongo. Diese wollen wir in der AG „Außen“ der Union, aber auch im ganzen Bundestag weiter fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Es gibt auch positive Beispiele, dass wir die Rechte von Frauen durchsetzen können. Diese sollten wir am heutigen Tage nicht unter den Tisch fallen lassen. Ich möchte – auch vor dem Hintergrund der Ereignisse am gestrigen Tag – an dieser Stelle unseren Einsatz in Afghanistan hervorheben. Deutsche Soldatinnen und Soldaten treten mit ihrem Leben dafür ein, dass die Rechte der Frauen in Afghanistan verwirklicht und durchgesetzt werden. Deshalb haben sie nach den schweren Ereignissen von gestern unseren vollen Respekt und unsere volle Anerkennung verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie  
der Abg. Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nahezu jede internationale Organisation hat auf die Missstände in der Zeit der Taliban-Herrschaft in Afghanistan hingewiesen. Als die Taliban 1996 in Kabul einmarschiert sind, haben sie verboten, dass Mädchen zur Schule gehen, dass junge Frauen an die Universität gehen. Damals, im Jahre 1996 und in den folgenden Jahren, gab es 4 000 Studenten in ganz Afghanistan. Zu dieser Zeit hatte keine einzige Frau Zugang zu universitärer Bildung. Daher ist es beachtlich, dass von den heute insgesamt 50 000 jungen Menschen in Afghanistan, die die Möglichkeit haben, unter dem Schutz der internationalen Gemeinschaft zu studieren, immerhin 7 000 Frauen sind; wünschenswert wären natürlich mehr. Ein Garant dafür ist die Bundeswehr mit ihrem Einsatz in Afghanistan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Philipp Mißfelder**

- (A) Eine Geschichte aus Afghanistan ging in den vergangenen Wochen um die Welt. Robina Jalali, die bei den Olympischen Spielen in Peking als Sprinterin eine enorme Leistung vollbracht hat, ist jetzt auch zur Wahl für das Parlament in Afghanistan angetreten. So eine Situation wäre zu Zeiten der Taliban-Herrschaft nicht möglich gewesen.

Es ist leider immer noch nicht klar, ob sie dem Parlament letztendlich angehören wird oder nicht. Leider ist die Situation so, dass man ihr nicht nur im Wahlkampf viel Glück und Erfolg wünschen musste, sondern auch jetzt bei der Auszählung; so bedauerlich das auch ist. Die Perspektive, dass Frauen in Afghanistan überhaupt in politische Verantwortung kommen können, sollten wir unterstützen, und wir sollten im Hinblick auf die weiteren Debatten hier in diesem Haus das Thema Afghanistan nicht unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Mißfelder, wollen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Müller beantworten?

**Philipp Mißfelder (CDU/CSU):**

Ja, natürlich gerne.

**Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

- (B) Herr Kollege Mißfelder, da Sie über Afghanistan sprechen, würde ich gerne eine Nachfrage stellen. Im Juni dieses Jahres fand dort die Jirga statt. Über 20 Prozent der mehr als 1 600 Teilnehmer waren Frauen; fast 400 Delegierte waren also Frauen. Allerdings kamen sie mit ihren Anliegen nicht zu Wort. Im Anschluss gab es einen Aufruf von zehn afghanischen Frauenorganisationen. Sie haben darauf hingewiesen, dass sie sich große Sorgen um die Friedensverhandlungen, die jetzt mit den Taliban geführt werden, machen und dass sie nicht bereit sind, hinzunehmen, dass die Rechte, die sie in den letzten zehn Jahren mühsam erkämpft haben, jetzt zugunsten eines möglichen sogenannten Friedensvertrages mit den Taliban oder gar mit Hekmatjar aufgegeben werden.

Ich frage Sie: Sind auch Sie der Meinung, dass die internationale Gemeinschaft und auch die Bundesregierung gegenüber der Karzai-Regierung deutlich machen müssen, dass die Frauen- und Menschenrechte bei diesen Verhandlungen nicht zu kurz kommen dürfen, dass sie nicht verhandelbar sind?

**Philipp Mißfelder (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Müller, herzlichen Dank für Ihre Frage. – Ich glaube, ich kann Einigkeit feststellen, dass eine der roten Linien in den Verhandlungen mit den sogenannten moderaten Taliban – was auch immer das bedeuten soll – ganz klar ist, dass die Frauenrechte geschützt werden müssen, zumindest diejenigen, die schon erkämpft worden sind.

(C) Wie Sie wissen, gestalten sich die Verhandlungen gerade in diesem Punkt sehr schwierig. Meines Wissens ist die Bundesregierung daran nicht direkt beteiligt. Deshalb können wir nur die Initiative ergreifen, indem wir in Gesprächen insbesondere mit unseren amerikanischen Partnern darauf hinweisen, dass Frieden in Afghanistan zwar unser Ziel ist, aber natürlich kein Frieden, der leichtfertig auf dem Rücken der Frauen erreicht wird. Insofern stimme ich der Intention Ihrer Frage zu und unterstütze das Anliegen, das dahintersteckt, grundsätzlich sehr gerne. Das habe ich in der Vergangenheit getan, und das werde ich auch zukünftig tun. Herzlichen Dank, dass auch Sie in diesem Bereich so aktiv sind!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Stellt man das Thema Frauenrechte in den großen Zusammenhang unserer Außenpolitik, so bin ich der Meinung: Dies ist ein zentraler Punkt einer wertebundenen und gleichzeitig interessengeleiteten Außenpolitik. Sie muss auch zielorientiert sein. Bei all dem, worüber wir diskutieren, müssen wir das konkrete Ziel vor Augen haben, die Situation der Frauen zu verbessern.

(D) Dass es dabei hilfreich ist, in eine große Diskussion über Gender Mainstreaming einzutreten und parallel zu den bisher bestehenden Strukturen eine neue Bürokratie zu schaffen, möchte ich stark bezweifeln. Lassen Sie uns lieber zielorientiert und effektiv daran arbeiten, dass die Rechte der Frauen verwirklicht werden, als irgendwelche Bürokratiemonster aufzubauen. Sie wissen, was die CDU/CSU- und die FDP-Fraktion generell von Gender Mainstreaming halten. Wir haben damit sehr große Schwierigkeiten. Gender Mainstreaming als zentralen Punkt herauszustellen – Sie haben es in Ihrer Rede nicht getan; aber in manchen Papieren schwingt das zum Teil mit –, bringt uns, wie ich glaube, nicht weiter. Unser gemeinsames Ziel, die Rechte der Frauen durchzusetzen, verfolgen wir effizienter und zielorientierter, wenn es weniger Bürokratie gibt, wir dieses Thema dafür aber zu einer zentralen Aufgabe unserer Politik machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Angelika Graf ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Angelika Graf (Rosenheim) (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Frauen in Afghanistan“ muss man, wie ich denke, sehr differenziert betrachten: auf der einen Seite die Bildungssituation, auf der anderen Seite die Rechtssituation. Nicht alles ist ein Erfolg. Deswegen sollte man sich, wie gesagt, differenziert und ausführlich mit diesem Thema beschäftigen, nicht nur anlässlich einer Debatte.

Am letzten Wochenende war ich im Auftrag der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Bosnien-Herzegowina, genauer gesagt: in Sarajevo.

Angelika Graf (Rosenheim)

- (A) Bei meinem letzten Besuch in Sarajevo im Jahr 1996 habe ich mit vom Krieg sehr schwer traumatisierten Frauen gesprochen. Sie waren Opfer von Gewalt, auch von schwerer sexualisierter Gewalt.

Nach meiner Wahrnehmung liegt das Trauma dieses Krieges immer noch über dem ganzen Land und insbesondere über dieser Stadt.

Ich sage Ihnen auch: 8 der 14 Wahllokale, die ich dort besucht habe, waren von Frauen geleitet. Insbesondere die jungen unter diesen Frauen waren unglaublich tough und ganz fest entschlossen, eine Zukunft in einer Demokratie zu haben. Das ist ein gutes Beispiel für die verschiedenen Aspekte dieser UN-Resolution 1325, deren Verabschiedung sich am 31. Oktober zum zehnten Mal jährt.

Die SPD-Fraktion hat das zum Anlass genommen, dies einerseits in der heutigen Debatte zu würdigen und andererseits unsere Forderungen bezüglich der Weiterentwicklung und der Umsetzung dieser wichtigen Resolution zur Diskussion zu stellen.

Ich gebe unumwunden zu, dass ich es bedauerlich finde, dass zumindest bisher kein Antrag von der Koalition vorliegt, an dem man auch sehen könnte, in welche Richtung Sie sich entwickeln wollen. Ich gebe auch zu, dass ich es peinlich finde, dass eine Resolution, die direkt etwas mit den Menschenrechten zu tun hat, dem Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Bearbeitung überwiesen wird. Ich weiß nicht, woran das liegt. Vielleicht können Sie mir das erklären. Vielleicht liegt es ja auch an der AG „Menschenrechte“ in der Union und deren Qualität.

(B)

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Was?)

Grundsätzlich halte ich die Resolution für einen wichtigen Meilenstein für eine geschlechterbewusste und geschlechtersensible Friedens- und Sicherheitspolitik. Das ist auf zwei Ebenen der Fall. Einerseits stärkt sie die Bedeutung von Frauen als Akteure für Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Andererseits vergisst sie auch nicht, dass Frauen als Opfer von sexueller Gewalt in Kriegs- und Krisensituationen besonderer Berücksichtigung, besonderer Behandlung und besonderen Schutzes bedürfen.

In den letzten zwei Jahren sind zur Resolution 1325 noch drei notwendige ergänzende Resolutionen hinzugekommen. Die Resolution 1820 aus dem Jahr 2008 betont noch einmal die Bedeutung der sexuellen Gewalt und stellt fest, dass sie eine Bedrohung für den Frieden und für die Sicherheit der Nationen sowie der internationalen Gemeinschaft darstellt. Die Resolution 1888 aus dem Jahre 2009 sieht in der Konsequenz konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt vor. Die Resolution 1889, die ebenfalls aus dem Jahr 2009 stammt, wiederholt den Anspruch auf eine stärkere Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen. Ich hoffe, dass damit die Rolle und Bedeutung der Frauen für Frieden und Sicherheit in Konflikten noch weiter ins Bewusstsein der internationalen Akteure gerückt sind.

Gleichzeitig ist aber auch auf den zähen Prozess der Umsetzung dieser Resolutionen hinzuweisen. Als Reaktion darauf hat zum Beispiel die UN im Juli 2010 und im Rahmen der UN-Reform die Einheit für Geschlechtergerechtigkeit, UNWomen, beschlossen. UNWomen soll sich auch um die Umsetzung der Resolution 1325 und der mit ihr verbundenen Resolutionen bemühen.

(C)

Ein wichtiger Partner sollte dabei auch die NATO sein. All ihre Operationen müssen im Einklang mit diesen UN-Resolutionen stehen. Darauf wies die zuständige UN-Sonderberichterstatterin zur sexuellen Gewalt in Konflikten, Margot Wallström, auf einer von ihr eingeladenen Konferenz alle hochkarätigen NATO-Repräsentanten hin.

In diesem Zusammenhang steht auch die aktuelle Initiative unserer ehemaligen SPD-Gesundheitsministerin, Ulla Schmidt, und des britischen Berichterstatters Lord Jopling. Dabei geht es darum, die Inklusion des Gender-Mainstreaming-Ansatzes weiterzubringen, der übrigens kein Bürokratiemonster, sondern ein ganz normales Konzept ist, sowie die Resolution 1325 in das neue strategische Konzept der NATO und ihrer Partner einzubinden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das realisiert werden könnte, wäre das ein riesiger Schritt. Die Realität zeigt nämlich – Kerstin Müller hat das schon angesprochen –, dass der Fortschritt wie so oft eine Schnecke ist.

Die Bilanz für beide Ebenen der Resolution ist sehr gemischt. Auf der formalen Ebene, innerhalb der UN, sieht es nicht gut aus. Die Integration der Frauen in die friedensschaffenden bzw. konfliktbeendenden Prozesse ist trotz der 50-Prozent-Frauenquote der Vereinten Nationen immer noch beklagenswert mangelhaft.

(D)

Laut GTZ nahmen neben 78 407 Männern nur 1 794 Frauen an solchen Friedensmissionen teil. Noch vereinzelter haben Frauen die Leitung solcher Friedensmissionen inne. Das wird weder dem Ziel, das mit der Resolution verfolgt wird, noch dem schon erwähnten Gender-Mainstreaming-Ansatz gerecht, und schon gar nicht der Bedeutung, die den an den Konflikten beteiligten Frauen zukommt.

Auf der Ebene der Konflikte ist die Realität noch erschreckender. Die GTZ dokumentierte neulich, dass in 51 Ländern sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Konflikten ausgeübt wird. Dabei sind 90 Prozent aller Vergewaltigungen Massen- und Mehrfachvergewaltigungen, und 70 Prozent dieser Frauen sind nach einer Vergewaltigung mit HIV infiziert. Aber es wird über das Schicksal dieser Frauen berichtet und nicht wie in früheren Jahren darüber geschwiegen. Spätestens seit es die internationalen Strafgerichtshöfe gibt, ist die internationale Gemeinschaft dafür sensibilisiert, dass sexualisierte Gewalt häufig als Kriegsstrategie verwendet wird. Kerstin Müller hat die Situation im Kongo und die Straflosigkeit in all diesen Konflikten angesprochen. Das ist eines der Hauptprobleme. Wenn die Täter nicht zur Verantwortung gezogen werden, dann werden sie mit dieser Strategie weitermachen. Massenvergewaltigung ist eine Strategie, die im-

**Angelika Graf (Rosenheim)**

- (A) mer häufiger und brutaler angewandt wird. Werden die Vergewaltigungen massenhaft und strategisch eingesetzt, dann werden die soziale Textur, die Infrastrukturen und die reproduktiven Ressourcen einer Gesellschaft zumeist für mehrere Generationen zerstört.

Ein gutes Beispiel dafür, wie lange man diese Prozesse mit sich herumträgt und wie schwer sie die Betroffenen belasten, sind die sogenannten Trostfrauen. Die japanische Armee hat koreanische Frauen zu Tausenden versklavt und massenhaft vergewaltigt. Bis heute gibt es keine Anerkennung ihres erlittenen Unrechts durch eine Entschuldigung oder eine wirkliche Wiedergutmachung. Sie müssen noch immer darauf warten. Irgendwann erledigen sich solche Dinge biologisch; aber das ist nicht das, worauf wir warten sollten. Ich denke, man muss hier wirklich etwas tun.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vergessen dürfen wir auch nicht, dass Frauen nicht nur in akuten Konfliktsituationen Opfer werden. Häufig geht ihr Elend auf der Flucht, in Flüchtlingslagern und in der Langzeitfolge in einer von Gewalt zerfressenen Gesellschaft weiter. Deswegen wollen wir umfassende Ansätze und ein an Langfristigkeit orientiertes Maßnahmenpaket, und deswegen wollen wir einen nationalen Aktionsplan.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich bedauere, dass es so lange gedauert hat, bis wir zu diesem Beschluss gekommen sind. Ich denke aber, dass das dringend notwendig war, um zu sehen, wie die einzelnen Länder diese wichtige Resolution umsetzen. Vergleichbarkeit ist hier ein wichtiges Stichwort. All die Punkte, die uns hier beschäftigen, müssen zusammengeführt werden; denn ich denke, es muss ein gemeinsames Vorgehen gegen die weltweite Seuche der sexualisierten Gewalt gegen Frauen geben.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir so lange zugehört haben, und dem Herrn Präsidenten danke ich, dass er mich so lange hat reden lassen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich auch länger geredet!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Wie schön, dass das endlich auch einmal ins Protokoll kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun hat die Kollegin Marina Schuster für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Marina Schuster (FDP):**

(C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast auf den Tag genau ist es jetzt zehn Jahre her, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die UN-Resolution 1325 beschlossen hat. Wenn man den Debatten hier gefolgt ist, kann man eines sagen: Wir sind uns einig. Es war sehr wichtig, dass es zu dieser Resolution gekommen ist und dass die Rolle, die die Frauen im Kontext von Frieden und Sicherheit haben, erstmals anerkannt worden ist.

Die Forderungen in der Resolution sind sehr umfangreich. Es hat in der Folge auch Kritikpunkte gegeben; denn die Frage ist, wie diese Forderungen ganz konkret umgesetzt werden. Es gab daraufhin weitere Resolutionen; sie wurden von meinen Vorrednerinnen schon angesprochen.

Die Frage ist: Was ist in diesen zehn Jahren geschehen? Wenn wir uns die Situation in den jeweiligen Konfliktländern anschauen, dann müssen wir feststellen, dass eine flächendeckende Wirkung leider ausgeblieben ist. Wenn wir insbesondere auf die Länder Subsaharafrikas schauen: Im Tschad, im Sudan und auch in der Demokratischen Republik Kongo ist Gewalt gegen Frauen nach wie vor auf der Tagesordnung. Die jüngsten Meldungen – Kerstin Müller hat es erwähnt – können uns nur mit Entsetzen und Abscheu erfüllen. Das Beispiel Kongo zeigt, dass die körperliche und seelische Gewalt gegen Frauen seit Jahren zum teuflischen Instrumentenkasten gehört. Tag für Tag werden die Menschenrechte dort mit Füßen getreten. Frauen haben ganz besonders darunter zu leiden.

(D)

Es gibt aber auch positive Beispiele, die mir Hoffnung machen. Von einem Beispiel möchte ich berichten. Ich hatte die Möglichkeit, die Bundeskanzlerin im Jahre 2007 nach Liberia zu begleiten. In diesem Land hat es 14 Jahre lang Bürgerkrieg gegeben; nahezu 70 Prozent aller Liberianerinnen wurden Opfer von Vergewaltigungen. Die Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf setzt deswegen beim Wiederaufbau, bei dem Weg nach vorne auf Frauen. Sie hat eine Justizministerin und auch eine Polizeichefin ernannt; denn es ist ganz wichtig, dass Frauen eine Vorbildfunktion haben und vorangehen. Deutschland ist aktiv in der dortigen Polizeiausbildung. Immer mehr Frauen haben sich für eine Karriere bei der Polizei entschieden. Ich habe mit den Polizistinnen sprechen können. Sie haben gesagt: Wir wollen nicht mehr Opfer werden. Wir wollen dafür sorgen, dass wir uns wehren und andere schützen können. – Das zeigt, dass es gute Beispiele gibt. Aber es braucht auch den Willen und die Unterstützung der jeweiligen Länder vor Ort.

Auch bei den Vereinten Nationen hat sich einiges getan; das ist von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon angesprochen worden. Bei den Vereinten Nationen wird es eine Abteilung geben, die erst einmal alle Maßnahmen bündelt und deren Ziel es ist, für eine Umsetzung der Resolution 1325 zu sorgen. Da gibt es noch viel zu tun. Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind Richtlinien erlassen worden, die Gleichstellungsaspekte im Krisenmanagement berücksichtigen.

**Marina Schuster**

- (A) Interessant finde ich die Wende, die die SPD innerhalb von zwei Jahren gemacht hat.

(Christoph Strässer [SPD]: Das kriegt ihr in zwei Jahren nicht hin! Ihr bleibt immer stur auf demselben Weg! Steuern senken – immer wieder!)

Ich kann mich noch gut erinnern: Der letzte Bericht der Bundesregierung zu dieser Resolution ist aus dem Jahre 2007. Wir haben diesen Bericht damals im Auswärtigen Ausschuss – Kerstin Müller kann sich erinnern; er war auch damals, unter einem SPD-Kanzler, schon federführend im Auswärtigen Ausschuss – diskutiert. Da war von der SPD noch nichts davon zu hören, dass man eine nationale Umsetzungsstrategie, einen Aktionsplan fordert.

(Angelika Graf [Rosenheim] [SPD]: Das hindert nicht am Denken! – Zuruf von der FDP: Nur wenn sie in der Opposition sind, dann können sie fordern! Das kennen wir ja!)

Ich kann mich deswegen sehr gut an die Diskussion erinnern, weil man, wenn man diesen Bericht gelesen hat, nur feststellen konnte: Es fehlte damals wirklich der rote Faden. Ich frage mich nämlich, wie eine Veranstaltung der finnischen Gleichstellungsministerin mit einem Kulturmanagementkurs in der Türkei zusammenpasst und was das mit der UN-Resolution zu tun hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) Ich freue mich auf den neuen, bald erscheinenden Bericht. Ich freue mich auf die Prioritäten und vor allem auf den Ausblick, was die zukünftigen Maßnahmen angeht. Fakt ist: Wir müssen international mehr für die Umsetzung tun. Wir müssen es international gemeinsam bündeln, vor allem auch innerhalb der Europäischen Union. Wir brauchen neben der Schulung des Personals eine bessere Einbindung von Frauen. Eines ist mir besonders wichtig: Wir brauchen die Bereitschaft, den Willen und die Unterstützung der jeweiligen Konfliktländer, dies auch durchzusetzen. Darauf müssen wir bei den Gesprächen vor Ort immer wieder hinwirken, so schwierig das auch ist. Ich warne davor, zu meinen, dass man mit einer deutschen Monitoringstelle, wie es die Grünen fordern, groß vorwärtskommen würde. Es braucht internationale Anstrengungen. Das ist langwierig und auch zäh. Aber diesen Weg müssen wir weitergehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Kathrin Vogler, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Kathrin Vogler (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Ich bin ganz besonders erfreut, dass sich zu diesem Thema überwiegend männliche Kollegen im Plenum befinden.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Das ist doch klar!)

- Ich denke, daran wird ein leichter Bewusstseinswandel erkennbar. (C)

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.

So Bertha von Suttner, die 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis bekam. Heute hat sie viele Schwestern in allen Kontinenten. Millionen von Frauen setzen sich weltweit für die Überwindung von Gewalt, für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein. Sie tun das beharrlich, gewaltfrei und oft unter großen Gefahren, so wie die argentinische Mutter, die immer noch nach ihren verschwundenen Kindern sucht, die kurdische Journalistin, die Rundfunksendungen in ihrer Muttersprache produziert, oder die israelische Ärztin, die in die Westbank fährt, um dort kranke Palästinenser und Palästinenserinnen zu behandeln. Ihnen ist zu verdanken, dass wir heute die Resolution „Frauen, Frieden und Sicherheit“ beraten können, die der UN-Sicherheitsrat vor zehn Jahren verabschiedet hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD] und Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frauen und Mädchen werden nicht erst in Kriegen zu Opfern. Häusliche Gewalt und sexuelle Misshandlung sind weltweit für viel zu viele bitterer Alltag. Wie wir gerade in sehr drastischen Beispielen gehört haben, wird sexuelle Gewalt im Krieg oder Bürgerkrieg aber auch als Waffe eingesetzt. Die Kollegin Müller hat das sehr eindringlich mit deutlichen Beispielen geschildert. Vergewaltigung und Zwangsprostitution sollen die Gegnerinnen und Gegner demütigen und die Kampfmoral der Truppe heben. Auch dann, wenn die Waffen endlich schweigen, ist für viele Frauen noch lange nicht Frieden. Wir wissen, dass in Nachkriegsgesellschaften Gewalt gegen Frauen geradezu allgegenwärtig ist. Es ist das Verdienst von mutigen Frauen wie Monika Hauser von Medica Mondiale, die ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen möchte, dass diese Verbrechen nicht länger unter den Teppich gekehrt werden. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Überlebenden haben ein Recht auf unsere Solidarität. Ihr Leid darf nicht missbraucht werden, um erneute Gewalt zu rechtfertigen. Blut kann nämlich nicht mit Blut abgewaschen werden.

Die UN-Resolution 1325 verpflichtet uns, Frauen und Mädchen besonders vor Gewalt und Krieg zu schützen. Mir macht es Sorgen, dass diese Pflicht immer öfter als Vorwand für neue Gewaltanwendung und Militäreinsätze missbraucht wird. Der wirksamste Schutz vor Gewalt ist und bleibt die Vorbeugung und damit die Verhinderung von Krieg. Dafür tut diese Bundesregierung viel zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Kathrin Vogler**

- (A) In Ihrem Haushaltsplanentwurf kürzen Sie die Mittel für die zivile Krisenprävention um bis zu 30 Prozent, während die Ausgaben für die Bundeswehr um weitere 400 Millionen Euro steigen sollen. Das ist doch Wahnsinn. Das kann man nicht mehr rechtfertigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Schuster, Sie haben gerade den Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 von 2007 kritisiert. Aber im aktuellen Bericht der Regierung zur zivilen Krisenprävention findet sich zum Thema Geschlechtergerechtigkeit nur Politlyrik. Das ist die Sache nicht wert.

(Christoph Strässer [SPD]: Da ändert sich die FDP nicht!)

Frauenorganisationen fordern zum zehnten Jahrestag der Resolution, dass wir endlich ernst machen und konkret werden sollen: mit einem Aktionsplan, klaren Zeitvorgaben und den entsprechenden personellen und finanziellen Mitteln. Das mit dem Argument der Bürokratisierung abzubügeln, finde ich unredlich, Herr Mißfelder.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir als Linke diese Forderung in unserem Antrag aufgegriffen. Wir wollen, dass die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Konflikten grundsätzlich auf militärische Gewalt verzichtet und konsequent auf zivile Konfliktbearbeitung setzt.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Aus meinen eigenen Erfahrungen mit dem Zivilen Friedensdienst in Palästina und Israel weiß ich, dass Projekte, die die Sicht der Frauen ausblenden, wenig Erfolgsaussichten haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Frauen- und Friedensorganisationen hier und in den Konfliktregionen aktiv beteiligen und ihre Kreativität, ihre soziale Fantasie und ihre Erfahrungen noch stärker als bisher einbeziehen.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**  
Frau Kollegin!

**Kathrin Vogler (DIE LINKE):**

Ich komme zum Schluss. – Die irrwitzige Vorstellung, dass man nur genügend Frauen zum Militär holen müsste, um den Krieg zu humanisieren, lehnen wir als Linke allerdings ab. Krieg lässt sich nicht humanisieren. Wir sollten ihn alle gemeinsam abschaffen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Peter Beyer ist der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Peter Beyer (CDU/CSU):**

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges zu vermehrter Achtung der Menschenrechte führen würde, hat getrogen. Religiös motivierter Fanatismus, Nationalismus und Rassismus sind traurige Realität in der Welt. Genannt seien nur Afghanistan unter der Terrorherrschaft der Taliban, der Genozid in Ruanda oder die schrecklichen Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien.

Häufig leiden Frauen und Kinder in besonderem Maße unter kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Resolution 1325 weist in die richtige Richtung. Es ist angemessen, hier von einem Meilenstein zu sprechen – Kollegin Kerstin Müller hat vorhin dieses Wort im gleichen Zusammenhang richtigerweise verwendet –; denn es ist dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Jahre 2000 erstmals in seiner Geschichte gelungen, völkerrechtliche Vorgaben zu treffen, die die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden betreffen. Die Resolution vermittelt politisch die nicht zu unterschätzende Verpflichtung der Staaten der UN, die in der Resolution aufgestellten Forderungen umzusetzen. Auch die Rechtsprechung der durch die UN eingesetzten internationalen Strafgerichtshöfe hat zumindest einem Teil der Opfer Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die Gerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda haben durch ihre Arbeit entscheidend an der Anerkennung der Bereiche des humanitären Völkerrechts und des Völkerstrafrechts mitgewirkt, die zum ersten Mal umfassenden Schutz vor sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten bieten.

(D)

Der Kompass des deutschen Engagements stimmt. Deutschland hat beispielsweise bei der Einrichtung des neuen UN-Büros für Frauen maßgebliche Unterstützung geleistet. Dieses Büro wird Anfang kommenden Jahres seine Arbeit aufnehmen. Dort sollen mehrere Einheiten, die mit der Förderung von Frauenrechten befasst sind, zu einer Einheit zusammengeführt werden. Das neue UN-Frauenbüro soll nach dem Beschluss der Vollversammlung durch einen eigenen Untergeneralsekretär vertreten werden. Das ist ein Fortschritt bei der Stärkung der Frauenrechte. Im Übrigen ist das auch ein Beleg für die Reformfähigkeit der Organisation Vereinte Nationen. Doppelstrukturen werden dabei beseitigt. Das System der UN insgesamt wird leistungsfähiger und effizienter.

Auch hierzulande ist die Entwicklung erfreulich. Das Prinzip des Gender Mainstreaming, also die Verwirklichung der Gleichstellung, ist in der deutschen Politik fest verankert, nicht nur weil eine Frau an der Spitze unserer Regierung steht. Deutschland hat sich in den Gesamtprozess mit viel Pragmatismus eingebracht und gehört zu der überschaubaren Anzahl derjenigen Länder, die regelmäßig über den Fortgang der Umsetzung ausführlich berichten. So sind bei der Bundeswehr mittlerweile alle Laufbahnen für Frauen geöffnet. Am Zentrum für Internationale Friedenseinsätze sind mittlerweile zwei Drittel des ausgebildeten Personals weiblich. Frauen leisten einen wesentlichen Beitrag zu Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung in internationalen Friedens- und Beobachtungseinsätzen.

**Peter Beyer**

- (A) Nun ist es aber nicht so, als gäbe es nichts zu verbessern. Deutschland ist auf einem guten Weg, den Forderungskatalog der UN-Resolution 1325 weiter auszubauen und zu vertiefen. Die Anforderungen an die Menschenrechtspolitik müssen in einer diffus gewordenen Umwelt jedoch noch steigen. Die Beobachtungs- und Dokumentationsmöglichkeiten bei Menschenrechtsverletzungen, die Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie das Anreiz- und Sanktionsinstrumentarium der freiheitlichen Staaten und auch der internationalen Institutionen wie der UN selbst müssen an die weltpolitische Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Es gilt, ihre Wirkung zu verfeinern und zu verstärken.

Für uns Deutsche ist es eine ethische Pflicht, bei der Formulierung und Durchsetzung einer weltweiten Menschenrechtspolitik eine leitende Rolle zu übernehmen. Dieser besonderen Bedeutung werden die drei vorliegenden Anträge nicht gerecht. Die Grünen jedenfalls sind, zumindest was die Forderung nach einem nationalen Aktionsplan angeht, konsequent. Es ist ihre alte Forderung. Anders verhält es sich bei der SPD. Als Sie noch in der Regierungsverantwortung waren, hat Ihr Außenminister Steinmeier keinen nationalen Aktionsplan zur Resolution 1325 installiert, geschweige denn auch nur für erforderlich gehalten.

(Christoph Strässer [SPD]: Stimmt! –  
Angelika Graf [Rosenheim] [SPD]: Richtig!  
Nun wissen wir, dass das notwendig ist, und  
fordern das!)

- (B) Steinmeier hatte recht; denn das bestehende Bündel an Maßnahmen greift.

Der Antrag der Linken fällt noch weiter ab. Sie bringen Ihre übliche Litanei und sprechen von Verquickung zivilen Engagements und militärischer Einsätze. Vorhin haben wir an dieser Stelle über die EU-Perspektive Serbiens debattiert. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre Slobodan Milosević noch heute am Ruder.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Das ist eine  
Verleumdung! Unglaublich!)

Ich zitiere aus einer großen deutschen Tageszeitung vom 8. Oktober 2000 – das war heute vor genau zehn Jahren –: Auf Zeit spielen, bluffen, sich diplomatisch geben und dann wieder mit rücksichtsloser Brutalität zuschlagen. –

So hat sich Slobodan Milosević viele Jahre lang an der Macht gehalten, und Sie sind darauf hereingefallen. Ihr Herr Gysi hat den Massenmörder Milosević einst vor laufender Kamera hofiert, als sich die internationale Staatengemeinschaft schon längst von diesem abgewandt hatte. Die Widersprüche in Ihrer Menschenrechtspolitik kann dieser Antrag jedenfalls nicht kaschieren.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Worüber  
diskutieren wir hier eigentlich?)

Damit keine Zweifel aufkommen – Herr Präsident, ich komme zum Schluss –: Die internationale Stärkung der Frauenrechte ist für die Arbeit der Bundesregierung auch mit Blick auf die Vernetzung der Ministerien untereinander von besonderer Bedeutung; denn Menschenrechte sind kein Luxus für gute Zeiten, sondern der Kern unseres politischen Selbstverständnisses.

Ich danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –  
Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Kein Satz über  
die Frauen!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/2484, 17/3176 und 17/3205 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden. – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 27. Oktober 2010, 13 Uhr, ein. Dann werden wir mit einer Regierungserklärung zu Europa beginnen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes, offenkundig sonniges Wochenende. Das gilt auch den Besucherinnen und Besuchern. Genießen Sie Berlin! Die Stadt ist bei diesem Wetter noch attraktiver als ohnehin. Alles Gute!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 14.51 Uhr)







(A)	Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
	Dr. Terpe, Harald	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	08.10.2010
	Toncar, Florian	FDP	08.10.2010
	Wagenknecht, Sahra	DIE LINKE	08.10.2010
	Wellmann, Karl-Georg	CDU/CSU	08.10.2010**
	Werner, Katrin	DIE LINKE.	08.10.2010*
	Widmann-Mauz, Annette	CDU/CSU	08.10.2010
	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	SPD	08.10.2010
	Zöllmer, Manfred Helmut	SPD	08.10.2010

\* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates  
 \*\* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

## Anlage 2

### Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung

(B) Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

#### Finanzausschuss

- Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof  
**Bericht nach § 99 Bundeshaushaltsordnung über den ermäßigten Umsatzsteuersatz – Vorschläge für eine künftige Ausgestaltung der Steuerermäßigung**  
 – Drucksachen 17/2290 (neu), 17/2548 Nr. 1.4 –
- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2009/2010 der EU-Mitgliedstaaten**  
 – Drucksachen 17/2536, 17/2971 Nr. 1.3 –

#### Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse der Evaluation des Verbraucherinformationsgesetzes**  
 – Drucksachen 17/1800, 17/2373 Nr. 1 –

#### Ausschuss für Arbeit und Soziales

- (C)
- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe**  
 – Drucksachen 16/13829, 17/591 Nr. 1.19 –
  - Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. zum Sachstand über die Reduzierung der Trägerzahl bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und Stellungnahme der Bundesregierung**  
 – Drucksachen 16/13908, 17/591 Nr. 1.23 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

#### Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 17/2224 Nr. A.1  
 Ratsdokument 10070/10  
 Drucksache 17/2408 Nr. A.1  
 EuB-EP 2037; P7\_TA-PROV(2010)0149

#### Finanzausschuss

Drucksache 17/2580 Nr. A.3  
 Ratsdokument 10822/10  
 Drucksache 17/2580 Nr. A.4  
 Ratsdokument 11046/10

#### Haushaltsausschuss

Drucksache 17/859 Nr. A.7  
 Ratsdokument 6254/10  
 Drucksache 17/2071 Nr. A.13  
 Ratsdokument 9433/10  
 Drucksache 17/2994 Nr. A.32  
 Ratsdokument 12699/10

#### Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Drucksache 17/178 Nr. A.23  
 Ratsdokument 14738/09  
 Drucksache 17/1821 Nr. A.16  
 Ratsdokument 9247/10  
 Drucksache 17/2408 Nr. A.18  
 Ratsdokument 9388/10  
 Drucksache 17/2408 Nr. A.26  
 Ratsdokument 11620/10

#### Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 17/2994 Nr. A.56  
 Ratsdokument 12614/10

(D)



